

# Die Verfassungsfeier im Reichstag

Berlin, 11. August

Zur Feier des Verfassungstages hatten am Dienstag in der Reichshauptstadt die Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, die Verkehrsanstalten und die Fahrzeuge wie üblich gesammelt. Dem Ernst der Zeit entsprechend war der Reichstagsgebäudeaal würdig aber sehr einfach geschmückt. Rings um den Saal, in dem die Feier der Reichsregierung stattfand, zogen sich schwarz-rot-goldene Fahnenbilder. Über dem Platz des Redners war ein großer Reichsadler angebracht. Darunter stand auf dem Präsidentenstuhl eine Bronzestatue des Freiherrn vom Stein, von Blumen umgeben. Von der Brüstung der Präsidentenloge hing die Flagge des Reichspräsidenten herab. Das Reichstagsgebäude war durch ein großes Polizeiaufgebot gesichert.

Pünktlich um 12 Uhr nahm Reichspräsident von Hindenburg, von der Versammlung durch Erheben von den Plätzen geehrt, in der Loge Platz.

Hierauf setzte der Chor ein mit der Motette von Johann Sebastian Bach „Der Geist hilft.“ Der Stellvertreter des Reichskanzlers,

## Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

ergriff sodann das Wort zur Festansprache. Er führte u. a. aus:

Die gegenwärtige Krise ist nicht eine solche der Wirtschaft allein, sondern es ist

### die Krise der Friedensverträge,

die an uns rüttelt. Wenn wir hoffen dürfen, daß die Krise ihren Höhepunkt überschritten hat, so bauen wir darauf, daß das Verständnis, wie sehr die Wirtschaftskräfte aufeinander angewiesen sind, sich durchzusetzen beginnt und daß

### die revisionsbedürftigen Verträge eines Tages revidiert werden.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen würdigte der Minister die Persönlichkeit des Freiherrn vom Stein, der die Voraussetzungen für eine neue deutsche Geschichte geschaffen habe. Heute sei das deutsche Volk über alles, was Stein plante, hinausgeköhrt. Es habe das freieste Bürgerrecht in der Gemeinde und im Reiche. Trotzdem befinde es sich in einer Krise. Ein großer Teil der Leistungen, die aus unserem Volke herausgepreßt würden, um den Armen und Schwachen, den Kriegsoptern und den Arbeitslosen zu helfen, sei zurückzuführen auf die großen Ereignisse und ihre Auswirkungen, die wir nachträglich nicht zu beeinflussen vermögen. Aber ein anderer Teil entspringe ebenso sicher

### Fehlern,

die sowohl auf politischem und administrativem wie auf wirtschaftlichem Gebiete gemacht worden seien. Deutschland befinde sich mitten in einer wirtschaftlichen Umwälzung. Das Verhalten unseres Volkes in den letzten Monaten hat gezeigt, daß es in seiner Mehrheit willens ist, auf dem bisherigen Wirtschaftssystem weiterzubauen. Es müssen aber auch neue Wege betreten werden. Auch in der Verwaltung des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind Fehler begangen worden. Man hat die Aufgabe des Staates übersteigert und sich einen Apparat geschaffen, den angemessen zu bezahlen eine dauernde Sorge ist. Es kommt darauf an, Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden richtig zu verteilen und damit die Verwaltungsmaschine zu entlasten. Das Fundament, das die Weimarer Verfassung dem deutschen Volk gegeben hat, ist durchaus gesund. Die Grundgedanken müssen bleiben. Aber auch eine Neuorganisation der Gemeinden ist notwendig. Ihre Finanzen sind gerettet, und die Vorwürfe gegen ihre Finanzwirtschaft sind festigt. Aber wenn wir verantwortungsvolle Kommunalverwaltungen erhalten und wiedergewinnen wollen, ist es nur in der Luft einer

### selbständigen Verwaltung

möglich. Eine völlige Beherrschung der Kommunen durch die Obrigkeit darf nicht stattfinden. Der Einzelne muß an die Spitze seiner politisch-wirtschaftlichen Betätigung den Gedanken an das Reich und an das deutsche Volk stellen.

## Weil Herr Lüdemann meint!

Die „Schlesische Zeitung“ auf 14 Tage verboten

Breslau, 11. August

Die „Schlesische Zeitung“ in Breslau ist vom Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien, Lüdemann, auf die Dauer von 14 Tagen, und zwar vom 11. bis 25. August verboten worden. Das Verbot wird begründet, mit dem am Sonntag in der „Schlesischen Zeitung“ unter der Überschrift „Abrechnung“ erschienenen Leitartikel, in dem eine Herabwürdigung des Ansehens der gegenwärtig bestehenden Staatsform gesehen wird. Die „Schlesische Zeitung“ hat gegen das Verbot Beschwerde eingelegt. Chefredakteur Ball, hat an den Reichspräsidenten wegen des Verbots ein Telegramm ge-

Anschließend trug der Chor die Hymne Schaub's „Säemann Deutschland“ vor. Darauf erklärte

## Reichskanzler Dr. Brüning

u. a. folgendes: Die Feier des Verfassungstages fällt in eine Zeit wirtschaftlicher Not. Die Bedrängnis der Gegenwart findet ihre greifbarste Parallele in den Jahren, in denen der große Staatsmann Freiherr vom Stein lebte, der Wegbereiter deutscher Einheit und Freiheit, der Führer zum volkhaften Staat. Nach Stein sollten die Bürger des geeinten deutschen Volkes die mündigen Träger eines freien Staates sein. In der Linie seines Zukunftswillens liegt die Reichsverfassung vom 11. August 1919 als bedeutsame, wenn auch

### nicht in allem vollendete Erfüllung.

Die Erinnerung an diesen großen Deutschen soll uns Mahnung sein, alle aufbaufähigen Kräfte einzusetzen zur Überwindung der Not und Gefahren dieser Tage. Die in der Reichsverfassung gegebene Freiheit und Mündigkeit muß uns allen ein Appell sein, uns der Bürgerpflichten zu erinnern, die diesen Bürgerrechten entsprechen. Der Verfassungstag ist ein Befehl des ganzen Volkes. Dieses Sichbestimmen auf das Einende muß auf dem Gebiete des politischen Handelns zu fruchtbaren Ergebnissen führen. Auf die Zeit der Not, in die Steins Schaffen fiel, folgte der Aufstieg. So soll uns auch jetzt

### die Zuversicht erfüllen auf eine bessere Zukunft und den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes.

Hernach begab sich der Reichspräsident in Begleitung des Kanzlers und des Reichstagspräsidenten vor das Hauptportal des Reichstages, wo er, von einer zahlreichen Menge mit lebhaften Hochrufen begrüßt wurde. Unter den Klängen des Präsentiermarsches schritt der Reichspräsident, begleitet vom Reichswehrminister, General Haase und dem Stadtkommandanten von Berlin, General Schreiber die Front der Ehrenkompagnie ab.

## Die Feier in Dresden

Dresden, 11. August

Die Reichs-, Staats- und städtischen Behörden veranstalteten am Dienstag vormittag im Staatlichen Schauspielhaus eine gemeinsame Verfassungsfeier. Die Ministerien hatten auch in diesem Jahr von einer besonderen Feier abgesehen.

Nach dem vom Trompeterchor des Reiterregiments 12 zu Gehör gebrachten Vorspiel „Gymnast“ von Beethoven und einem vom Gesangsverein der Dresdner Postbeamten vorgetragenen Chor ergriff Prof. Dr. Debo Müller, Leipzig, das Wort zu seinem Festvortrag über das Thema „Der politische Mensch“. Für die politische Bildung des deutschen Menschen seien drei Forderungen grundlegend: Tatsachenkenntnis, Tatsachenbedeutung und persönliche Verantwortung. Es gelte, einen ganz neuen Blick für die Realität der geistig sittlichen Welt zu gewinnen. Der deutsche Mensch habe es von jeher vergessen, aus seinem Denken heraus zur Wirklichkeit, zur Praxis zu gelangen. Keine irgendwie geartete Staatsform könne dieses Problem lösen, wenn es nicht gelinge, den deutschen Menschen zur persönlichen Verantwortung für sein Vaterland zu erziehen. Es gebe keinen Ausweg aus der Not als den des realen Gehorsams gegenüber dem Gebot, auch den politischen Gegner als Menschen achten und verstehen zu lernen. Feindschaft und Gewalttätigkeit könnten — grundsätzlich angesehen — nur von Gott her überwunden werden. Nur von da aus vermöge auch der Begriff der Vaterlandsliebe dem Begriff der Parteien entrisen und mit einem wahrhaft aufbauenden und vereinigenden Gehalt erfüllt zu werden.

Nach weiteren Vorträgen des Trompeterchors des Reiterregiments 12 und des Gesangsvereins der Dresdner Postbeamten fand die stimmungsvoll verlaufene Feier mit dem von den Anwesenden stehend gesungenen Deutschlandlied ihr Ende.

richtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß der beanstandete Leitartikel „Abrechnung“ sich ausschließlich gegen die dem Volksentscheid entgegenstehenden Parteien gerichtet habe, ohne die Staatsform auch nur im geringsten zu berühren. Gleichwohl führe der Oberpräsident Lüdemann an, der Artikel richte sich zwar gegen die Sozialdemokratische Partei, das Zentrum und die Staatspartei, gemeint sei (!!!) aber die gegenwärtig bestehende Staatsform. Durch eine solche Argumentierung werde einer Zeitung tatsächlich jede Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern unmöglich gemacht. Der Reichspräsident wird deshalb gebeten, auf die preussische Staatsregierung in der Richtung einer alsbaldigen Aufhebung dieses Verbotes hinzuwirken.

# Das Verbrechen von Jüterbog

Spuren führen nach dem Berliner Norden

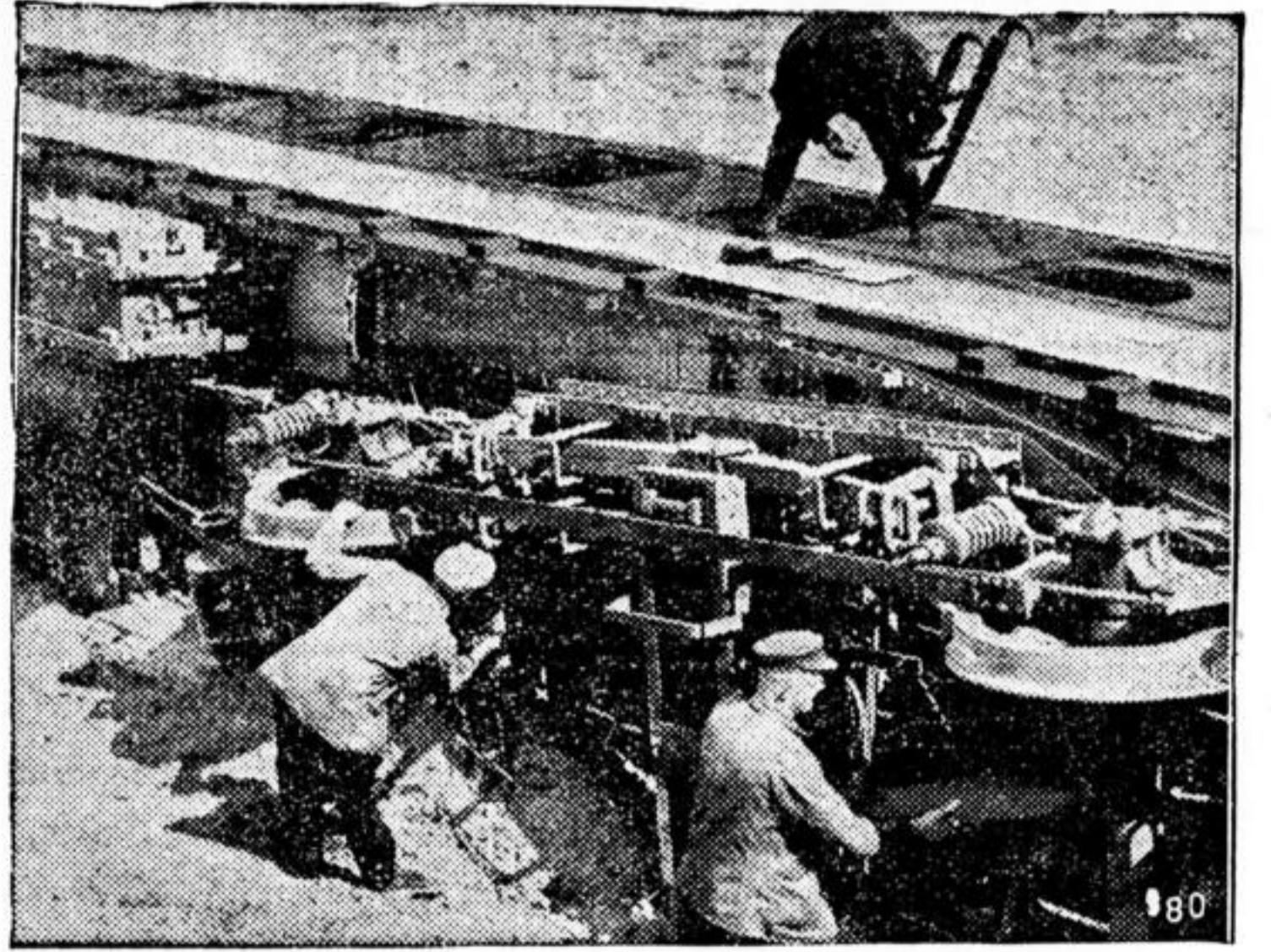
Berlin, 11. August

Die Kriminalpolizeistellen Ermittlungsarbeiten zur Aufklärung des Eisenbahnattentats bei Jüterbog sind an der Unfallstelle die ganze Nacht hindurch fortgesetzt worden. Als Stützpunkt für die Arbeit der Beamten dient ein Funkzug, den die Reichsbahn zur Verfügung gestellt hat. Er besteht aus einem Wagen für Funktelegraphie, der imstande ist, jederzeit die Verbindung mit allen inländischen Funkstationen aufzunehmen, einem Bürowagen und einem Schlafwagen. Der Zug, der zur Zeit auf einem Nebengleis bei Kloster Zinna abgestellt ist, wird je nach Bedarf an anderen Punkten der Strecke stationiert werden.

Beim Berliner Polizeipräsidium ist eine Sonderstelle unter besondere Leitung eingerichtet worden, die hauptsächlich der Sichtung und Prüfung aus dem Publikum eingehender Mitteilungen dienen wird. Solche Mitteilungen liegen bereits in beträchtlicher Anzahl vor.

Berlin, 12. August

Die Untersuchungskommission im Kloster Zinna ist den Blättern zufolge im Laufe des gestrigen Tages in den Besitz von Spuren gelangt, die innerhalb kurzer Zeit zu der Verhaftung oder zumindest zu einer Feststellung der Täter führen dürften. Man kennt bereits den Personenkreis, in dem sie zu verhaften pflegen; man weiß, daß sie sich in Berliner



Aufräumarbeiten an der Unglücksstätte bei Jüterbog

Arbeiter sind mit der Reparatur der umgekehrten Eisenbahnwagen beschäftigt, die wieder ausgerichtet und abgehleppt werden sollen.

Norden verborgen halten, und es ist die Aufmerksamkeit von zwei verschiedenen Seiten von einander völlig unabhängig auf einen russischen Staatsangehörigen hingewiesen worden, der sich erst seit kurzer Zeit in Berlin aufhalten soll.

In Potsdam ist gestern nachmittag sogar eine Festnahme erfolgt, doch ist es noch sehr zweifelhaft, ob die Person, die vorläufig in Gewahrsam gehalten wird, mit dem Attentat tatsächlich etwas zu tun hat. Der Festgenommene betritt selbstverständlich die Potsdamer Kriminalpolizei ist jetzt bemüht, zu ermitteln, ob der Betreffende zu der Zeit des Anschlages im Kloster Zinna gewesen sein kann.

# Offene Mordandrohung

Notfront fordert zum Mord an einem Polizeioffizier auf

Berlin, 11. August

In der vorvergangenen Nacht brachten die Kommunisten in Weissensee auf den Straßen und an den Häusern Inschriften an, die offen zum Mord an dem Führer des zuständigen Polizeireviers, Oberleutnant Becker, auffordern. An der Schule in Weissensee, in der Friedrichs- und Köpcke-Straße, war in großen Lettern mit roter Farbe auf der Gehbahn folgendes aufgemalt:

„Oberleutnant Becker, stell' Deine Uhr. R. F. B. (Notfrontkämpferbund) ist Dir auf der Spur. Für jeden erschossenen Arbeiter zwei Offiziere der Schupo. R. F. B. übt Rache.“

Ein Schließer will zwei mit Pistolen bewaffnete Kommunisten bei der Anfertigung dieser Inschrift gesehen haben. Er hat sofort Meldung beim Revier erstattet, das die Inschrift beseitigen ließ.

In der Streultraße in Weissensee und auch an einer zweiten Stelle waren die Häuser bemalt mit:

„Oberleutnant Becker wird erschossen vom R. F. B.“

In der Mehring-Straße in Charlottenburg war an einem Baum ein Zettel politischen Inhalts angebracht worden, der nachher von Beamten entfernt wurde. Darauf befand sich an derselben Stelle ein Zettel mit folgender Inschrift:

„Erlaubt Du Dir noch einmal, grüner Junge, Zettel abzureißen, folgst Du deinen Gejüngungslumpen Anlauf und Lend nach. (Unterstrich) Parteigenosse Grefiniski, im Auftrage: Förgiebel.“

Nach Entfernung dieses Zettels wurde wieder ein Zettel politischen Inhalts und ein weiterer angebracht, auf dem die Photographien der ermordeten Polizeioffiziere Lend und Anlauf aufgelegt waren und die Worte standen: „Lend-Susaren-Ede, Anlauf-Schweinsbade, Provokateure vom Bülow-Platz, die ihren Tod durch eigenes Verschulden herbeigeführt haben. Die Warnung erfolgt zum letzten Mal. Hochmaliges Entfernen wird mit... (hier waren drei Kreuze aufgemalt) Severing.“

Bei der Hausdurchsuchung in der Kottbus-Straße, in der aus einem Hause heraus von kommunistischen Schützen auf die Polizei geschossen worden war, wurden in einer Wohnung im Hause Kottbus-Straße 16 zwei Männer festgenommen und in das Polizeipräsidium eingeliefert. In der Wohnung wurde außerdem kommunistisches Propagandamaterial beschlagnahmt.

Auf Grund einer Anzeige verhaftete die Polizei am Dienstag im Hause Hirtenstraße 16 einen Mann, der an dem Mord an den Polizeioffizieren beteiligt sein soll. Da sich in seiner Wohnung Waffen und in das Polizeipräsidium wurde sofort das ganze Haus und die umliegenden Gebäude nach Waffen durchsucht.



Schutzpolizeibeamte entfernen Propaganda-Aufschriften der Kommunisten am Liebknechtshaus in Berlin. Die ganze Gegend um den Bülowplatz in Berlin steht nach wie vor unter Sonderrecht, da auch wieder Zusammenrottungen der Kommunisten festgestellt werden mußten und weitere Drohungen gegen die Polizei teilweise durch Inschriften an Häusern usw. ausgestoßen wurden. Die „Rote Fahne“ bleibt bis auf weiteres verboten.